

Von: CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg <CDU-Buergerschaftsfraktion@cdu-hamburg.de>
Gesendet: Montag, 25. Februar 2013 16:04
An: mail@tim-schmuckall.de
Betreff: Unerträgliche Verkehrsbelastung im Hamburger Westen durch Aufnahme der „Ortsumgehung Rissen“ in den Bundesverkehrswegeplan beenden



PRESSEMITTEILUNG

Unerträgliche Verkehrsbelastung im Hamburger Westen durch Aufnahme der „Ortsumgehung Rissen“ in den Bundesverkehrswegeplan beenden

25.02.2013

Die von Bürgermeister Olaf Scholz beschlossene Streichung der sogenannten „Brünschentrasse“ von Rissen nach Wedel führt zu einer weiteren dramatischen Zunahme der Verkehrsbelastung im Hamburger Westen. Sie erfolgt im Angesicht großer Baumaßnahmen der Stadt Wedel wie zum Beispiel einem Businesspark und anderen Industrieansiedlungen, die allein über 7000 zusätzliche Fahrzeuge täglich für das Rissener Straßennetz mit sich bringen.

Darüber hinaus ist ein deutlicher Anstieg bei der allgemeinen Verkehrsentwicklung durch Zunahme der Mobilität zu erwarten. Die begrenzte Leistungsfähigkeit der zweispurigen Wedeler Landstraße ist bereits heute Ursache erheblicher Schleichverkehre in Rissen und Blankenese. Die bisher geplante Fortführung der Ortsumgehung ohne Grundstückszufahrten und mit Lärmschutzwällen muss wieder in den Bundesverkehrswegeplan 2015 aufgenommen werden – im Interesse der Menschen, die durch die Verweigerungshaltung der SPD seit nunmehr 30 Jahren unter ständig steigenden Verkehrsaufkommen zu leiden haben und deren Zumutbarkeitsgrenze bereits jetzt weit überschritten ist.

Der Altonaer Wahlkreisabgeordnete, Marcus Weinberg MdB, setzt sich gemeinsam mit dem CDU-Fraktionsvize der Hamburgischen Bürgerschaft, Hans-Detlef Rook MdHB, sowie dem verkehrspolitischen Sprecher der CDU-Bezirksfraktion Altona, Tim Schmuckall, für eine verkehrliche Entlastung im Hamburger Westen ein.

Dazu erklärt **Marcus Weinberg, Mitglied des Deutschen Bundestages und Wahlkreisabgeordneter aus Altona:** „Die Pläne der Scholz-Regierung, die Fortführung der Ortsumgehung heimlich zu beerdigen, sind ein Schlag ins Gesicht der Menschen in Rissen und Blankenese, die immer stärker von der Verkehrsbelastung betroffen sind. Seit Jahrzehnten warten die Menschen auf die Fortführung der Umgehung und ihnen wird in Zukunft durch mehr Verkehr noch mehr an Belastung zugemutet werden. Eine weitere Zunahme des Verkehrs sowie der Lärm- und Abgasbelastungen für die Bewohner ist nicht mehr hinnehmbar. Eine Entlastung ist somit dringender denn je. Für das Verhalten der SPD habe ich kein Verständnis, mehr noch: Es zeugt von Desinteresse an der momentan angespannten Situation im Hamburger Westen. Ich habe den Bundesverkehrsminister auf die Notwendigkeit der Maßnahme eindringlich hingewiesen. Voraussetzung für mögliche Unterstützung ist jedoch, dass Hamburg und Schleswig-Holstein diesen

Bedarf im Verkehrswegeplan anmelden!“

Dazu erklärt **Hans-Detlef Roock, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Bürgerschaftsfraktion und Abgeordneter aus Altona**: „Die Streichung der sogenannten „Brünschentrasse“ ist eine Missachtung bürgerlicher Grundrechte wie Ruhe, Gesundheit und Schutz des Eigentums. Wir werden jetzt den Druck auf den Scholz-Senat erhöhen und in der Bürgerschaft einfordern, dass der 2. Abschnitt der Ortsumgehung Rissen mit möglichst hoher Priorität erneut für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldet wird. Alles andere wäre ein Affront gegenüber den vom Verkehr belasteten Anwohnern. Des Weiteren fordern wir, dass mit den schleswig-holsteinischen Behörden hinsichtlich der grenzüberschreitenden Belange die notwendigen Absprachen getroffen werden, und dass das Planungsrecht für den Weiterbau (Flächennutzungsplan, Bebauungsplan Rissen 29) als Option erhalten bleibt, wenn die Maßnahme nicht in den "vordringlichen Bedarf" des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen wird. Es ist die einzige Möglichkeit, langfristig eine Entlastung der Blankeneser, Rissener und Wedeler Wohnbevölkerung auf den Weg zu bringen.“

Dazu erklärt **Tim Schmuckall, stadtentwicklungspolitischer Sprecher der CDU-Bezirksfraktion Altona**: „Nicht nur Wedel, sondern auch Hamburg will weiter wachsen. Es wird immer deutlicher, dass Wachstum nur funktionieren kann, wenn dafür auch in die Infrastruktur investiert wird. Im Rahmen des Wachstumsprogramms finden mittlerweile unzählige Kongresse in Hamburg zum Thema ‚Wachsen mit Weitsicht‘ und ‚bürgernahes Wachstum‘ statt. Wenn die Bürgerschaft die B 431 nicht in den Bundesverkehrswegeplan aufnimmt, handelt die Stadt genau entgegengesetzt Ihrer Leitlinie: die nicht leistungsfähige B 431 wird dazu beitragen, dass noch mehr Fahrzeuge durch den Tinsdaler Heideweg und den Tinsdaler Kirchenweg sowie auch durch den Sandmoorweg und den Rheingoldweg fahren und somit lebendige Wohngebiete des Hamburger Westens qualitativ stark vom Verkehr belastet werden. Hamburg muss daher zusätzlich endlich zusammen mit Wedel und Altona einen Verkehrsplan für die länderübergreifenden Kfz-Verkehre entwickeln, um die vorhandenen Schleichwege durch die Altonaer Wohngebiete konsequent zu unterbinden.“

Julia Wagner

Pressesprecherin

CDU Bürgerschaftsfraktion
Rathausmarkt 1
20095 Hamburg

Fon: 040/428 31 - 1367
Fax: 040/428 31 - 2603
Mobil: 0172/439 42 81
E-Mail: julia.wagner@cdu-hamburg.de

www.cdu-hamburg.de

Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie sich für Informationen aus unserem Hause interessiert haben. Wenn Sie den Newsletter in Zukunft nicht mehr erhalten wollen, klicken Sie bitte einfach auf den nachfolgenden Link:

[Abmelden](#)

CDU-Bürgerschaftsfraktion Hamburg

Schmiedestraße 2
D-20095, Hamburg
Tel.: 040-42831-1381